

Universitätsklinik und BG Kliniken: Impulse für eine krisenfeste Gesundheitsversorgung

Um das Gesundheitswesen auf die veränderten sicherheitspolitischen Herausforderungen vorzubereiten, bedarf es gezielter Maßnahmen und gesetzlicher Regelungen. Das Gesundheitssicherstellungsgesetz sollte hierfür die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. In ihrem gemeinsamen Papier „Krisenvorsorge jetzt umsetzen“ benennen Universitätsklinik und BG Kliniken, wo konkreter Handlungsbedarf besteht, und zeigen, welche Weichenstellungen erforderlich sind, um die medizinische Versorgung in Krisen- und Verteidigungsfällen sicherzustellen.

An verschiedenen Standorten arbeiten BG Kliniken und Universitätsklinik bereits heute eng zusammen und bündeln ihre Kompetenzen, um die Krankenhausversorgung in ihren Regionen effizient aufzustellen. Als öffentlich-rechtliche und strategisch wichtige Gesundheitseinrichtungen kommt ihnen eine besondere Verantwortung für die medizinische Versorgung in Krisen- und Konfliktfällen und für die Versorgung besonderer Verletzungsmuster zu. Sie arbeiten gemeinsam daran, ihre organisatorischen Strukturen und Kapazitäten so auszurichten, dass sie im Bündnis- oder Verteidigungsfall erhebliche medizinische und infrastrukturelle Ressourcen für die Behandlung einer großen Anzahl an Verletzten bereitstellen können. Gemeinsam mit den Bundeswehrkrankenhäusern sind Universitätsklinik und BG Kliniken aufgrund ihrer umfassenden Expertise und spezialisierten Versorgungsstrukturen bereits heute wichtige Partner bei der Bewältigung der Folgen militärischer Konflikte, Pandemien und Naturkatastrophen. Sie sind bereit, ihre Zusammenarbeit weiter auszubauen und ihre Kompetenzen noch stärker einzubringen, um das Gesundheitswesen resilienter zu machen.

Universitätsklinik und die BG Kliniken sehen dringenden Handlungsbedarf, die medizinische Krisenvorsorge auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen. Mit dem gemeinsam erarbeiteten Papier geben sie konkrete Impulse für das angekündigte Gesundheitssicherstellungsgesetz. Ziel der Gesetzgebung sollte sein, Krankenhäuser auch unter außergewöhnlichen Bedingungen handlungsfähig zu halten und sowohl die Versorgung der Bevölkerung als auch die Behandlung einer großen Anzahl von Verletzten aus Konfliktgebieten sicherzustellen. Mit Blick auf das geplante Gesundheitssicherstellungsgesetz formulieren Universitätsklinik und BG Kliniken im Papier konkrete Anforderungen für die politischen Weichenstellungen. „Krisenvorsorge jetzt umsetzen“ zeigt, wie bestehende Strukturen gestärkt und die Abstimmung zwischen zivilen und militärischen Einrichtungen organisiert werden sollten. Dabei geht es um gemeinsame Vorbereitung, klare Verantwortlichkeiten und die Fähigkeit, medizinische Ressourcen auch unter extremen Bedingungen koordiniert und nachhaltig einsetzen zu können.



„Die Voraussetzungen für eine leistungsfähige medizinische Versorgung im Bündnis- und Verteidigungsfall müssen jetzt geschaffen werden. Die Zusammenarbeit der Krankenhäuser muss so flankiert werden, dass auch in außergewöhnlichen Krisenlagen eine widerstandsfähige und überregional koordinierte medizinische Versorgung gewährleistet ist. Krisenvorsorge ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Universitätsklinika und BG Kliniken übernehmen dabei eine besondere Verantwortung. Wir brauchen dafür jetzt gesetzliche Rahmenbedingungen und die klare Unterstützung von Bund und Ländern. Aus den bestehenden Strukturen und Kooperationen muss ein belastbares Gesamtsystem werden, das auch unter extremen Bedingungen funktioniert“, sagt Prof. Jens Scholz, Vorstandsvorsitzender des Verbands der Universitätsklinika Deutschlands (VUD).

„Die BG Kliniken bieten Akutversorgung und Rehabilitation aus einer Hand. Diese besondere Kompetenz bringen wir auch in die gemeinsame Krisenvorsorge ein. Wenn viele Verletzte gleichzeitig versorgt werden müssen, braucht es abgestimmte Kapazitäten, klare Zuständigkeiten und verbindliche Strukturen. Nur so können wir eine durchgängige Versorgung auch unter extremen Bedingungen sicherstellen“, sagt Reinhard Nieper, Vorsitzender der Geschäftsführung der BG Kliniken.

Das gemeinsame Papier setzt bei den strukturellen Voraussetzungen an, die für eine verlässliche Versorgung entscheidend sind. Krankenhäuser müssen auch dann eine verlässliche Versorgung ermöglichen, wenn Strom- oder Wasserversorgung ausfallen, Kommunikationswege beeinträchtigt sind, Medikamente knapp werden oder die Behandlungskapazitäten über längere Zeit an ihre Grenzen stoßen. Gleichzeitig müssen tagesaktuelle Informationen über Personal, medizinische Ausstattung und Behandlungskapazitäten überregional verfügbar sein und die entsprechenden Ressourcen bedarfsgerecht eingesetzt werden können. Dafür braucht es widerstandsfähige Krankenhausinfrastrukturen, verbindliche Krisenplanung sowie ein digitales Lagebild, das die verfügbaren Ressourcen transparent macht.

Hierfür müssen Universitätsklinika und BG Kliniken auch in die Sicherheitsarchitektur der Länder enger eingebunden werden. Die bereits bestehende Koordinierungsfunktion der Universitätsklinika sollte mit den Anforderungen des Gesundheitssicherstellungsgesetzes verknüpft werden. Im Bündnis- und Verteidigungsfall müssen Zuständigkeiten und Entscheidungswege klar geregelt sein. Die Versorgung darf nicht an institutionellen Grenzen oder unterschiedlichen Verfahren der Länder scheitern. Dazu gehören auch verlässliche Verfahren für die Verlegung von Patientinnen und Patienten zwischen Versorgungseinrichtungen.

Voraussetzung für ein solches Gesamtsystem ist, dass die Einrichtungen tatsächlich über die erforderlichen Ressourcen verfügen. Neben Investitionen in kritische Infrastrukturen betrifft das die Verfügbarkeit von Personal, Arzneimitteln und Blutprodukten. Universitätsklinika und BG Kliniken halten hierbei rechtliche Anpassungen für erforderlich, um die Personalplanung für Krisensituationen verlässlicher zu machen, Bürokratie zu reduzieren und die Bevorratung sowie Eigenproduktion kritischer Arzneimittel zu erleichtern. Investitionen sollten vorrangig Universitätsklinika, BG Kliniken und Bundeswehrkrankenhäuser berücksichtigen, die im Ernstfall besonders gefordert sein werden.

Positionspapier „Krisenvorsorge jetzt umsetzen“



Über den VUD

Der Verband der Universitätsklinik Deutschlands (VUD) repräsentiert die 37 deutschen Universitätsklinik. Diese sind eine tragende Säule des Gesundheitssystems und stehen für eine Krankenversorgung auf höchstem Niveau sowie für Spitzenforschung und die Einführung neuer Behandlungsmethoden. Zudem sichern die Universitätsklinik, gemeinsam mit den medizinischen Fakultäten, die Ausbildung künftiger Generationen von Ärzten und Wissenschaftlern. Gemeinsam mit außeruniversitären Partnern führen sie neue medizinische Methoden in das Gesundheitssystem ein.

Über die BG Kliniken

Die Kliniken der gesetzlichen Unfallversicherung (BG Kliniken) sind spezialisiert auf die Akutversorgung und Rehabilitation schwerverletzter und berufserkrankter Menschen. Insbesondere bei der Behandlung von Menschen mit Querschnittlähmung sowie schweren Verbrennungen nehmen die BG Kliniken eine bedeutende Rolle innerhalb des Gesundheitssystems ein. An 13 Standorten versorgen über 19.000 Beschäftigte mehr als 570.000 Fälle pro Jahr. Damit sind die BG Kliniken der größte öffentlich-rechtliche Krankenhauskonzern in Deutschland. Träger der BG Kliniken sind die gewerblichen Berufsgenossenschaften und Unfallkassen.

Kontakt:

Barbara Ogrinz
Verband der Universitätsklinik Deutschlands e.V.
Tel.: +49 (0) 30 3940517-25
E-Mail: ogrinz@uniklinika.de
www.uniklinika.de

Damaris Hunsmann
BG Kliniken – Klinikverbund der gesetzlichen Unfallversicherung gGmbH
Tel.: +49 (0) 30 200119-303
E-Mail: Damaris.Hunsmann@bg-kliniken.de
www.bg-kliniken.de

